

Lebenswelt Alter - Für eine gerechte Seniorenpolitik in Baden-Württemberg

Lebenswelt Alter – Für eine gerechte Seniorenpolitik in Baden-Württemberg

Der demographische Wandel ist längst bei uns angekommen. Sinkende Geburtenraten treffen auf immer mehr ältere Menschen mit immer höherer Lebenserwartung. Das ist zum einen ein Erfolg unserer Gesundheits- und Sozialpolitik, zum anderen jedoch auch eine gesellschaftliche Herausforderung.

Jede fünfte Person in Baden-Württemberg ist älter als 65 Jahre. Tendenz steigend.

Viele dieser Bürgerinnen und Bürger sind auch im Alter aktiv, gesund, engagiert und gut gebildet, was zu gesellschaftlichen Veränderungen führt. Aber auch die medizinische Versorgung und die Pflege für diese Altersgruppe gewinnen an Bedeutung.

Die wachsende Zahl von Seniorinnen und Senioren bildet eine heterogene Gruppe mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedürfnissen. Ihre Teilhabe am sozialen, kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Leben muss ermöglicht und aktiv gefördert werden.

Eine gute Seniorenpolitik betrachtet mehr als Pflege und Versorgung: Sie betrachtet Themen wie Mobilität, soziale Kontakte, bezahlbaren Wohnraum, Gesundheitsversorgung, digitale Teilhabe, kulturelle Angebote und neue Formen des Zusammenlebens, Quartiersarbeit, Einsamkeitsprävention und vieles mehr. Der Wandel bringt nicht nur Herausforderungen, sondern eröffnet auch Chancen. Diese gilt es zu erkennen und zu nutzen. Gute Seniorenpolitik braucht innovative Konzepte, gemeinsames Engagement, ressortübergreifende Zusammenarbeit und einen kontinuierlichen Austausch mit Fachorganisationen.

Der demografische Wandel ist kein Problem, das bloß bewältigt werden muss. Er ist vielmehr eine Chance für mehr Solidarität, soziale Innovationen und ein gutes gesellschaftliches Miteinander der Generationen. Die SPD Landtagfraktion möchte diesen Wandel gestalten: sozial gerecht, generationengerecht und zukunftsorientiert.

Mit den nachfolgenden Positionen setzen wir uns insbesondere dafür ein, dass

- gesundheitliche Versorgung im Alter kein Privileg ist, sondern überall im Land barrierearm und wohnortnah zugänglich sein muss,
- eine verlässliche, bezahlbare und barrierefreie Infrastruktur auch älteren Menschen Mobilität garantiert,
- im Rahmen einer dringenden Neuausrichtung der Wohnungspolitik selbstverständlich altersgerechter Wohnraum mitgedacht werden muss,
- Menschen im Alter finanziell stabil abgesichert sind und
- Potenziale zur gesellschaftlichen Teilhabe im Alter besser gefördert werden.

Gesundheit

Gesundheitliche Versorgung im Alter darf kein Privileg sein, sondern muss überall im Land zugänglich sein, und zwar unabhängig von Einkommen, Wohnort oder familiärer Unterstützung. In Baden-Württemberg zeigt sich jedoch, dass ältere Menschen im aktuellen Gesundheitssystem oft übersehen werden oder Barrieren ausgesetzt sind. Vor allem in ländlichen Regionen mangelt es an wohnortnaher Versorgung und guter Beratung. Die SPD-Landtagsfraktion fordert deshalb ein Umdenken hin zu einer präventiven, barrierefreien und auf den Menschen fokussierten Gesundheitsversorgung.

Wir fordern die Einführung der Gemeindeschwester^{plus} in ganz Baden-Württemberg: Gemeindeschwestern sollen ältere Menschen auf Anforderung zu Hause besuchen, kostenfrei beraten und dabei nicht nur gesundheitliche, sondern auch soziale, wohnliche und psychische Aspekte berücksichtigen. Ziel ist es, Einsamkeit vorzubeugen, Pflegebedürftigkeit hinauszuzögern und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Deshalb will die SPD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg aufsuchende Pflege- und Sozialberatung an der Schnittstelle der kommunalen Beratung und Unterstützung von alten Menschen nach § 71 SGB XII – Sozialhilfe ermöglichen. Im Mittelpunkt stehen Angebote zu Mobilität, Ernährung, Prävention und sozialer Vernetzung. Die SPD fordert eine gesetzliche Landesförderung mit einem Volumen von bis zu 20 Millionen Euro jährlich, das Kommunen unterstützt, solche Strukturen aufzubauen – insbesondere dort, wo es klassische Versorgungslücken gibt.

Wir fordern eine Entlastung pflegender Angehöriger durch finanzielle Anerkennung und strukturelle Unterstützung. Pflegende Angehörige übernehmen über 80 Prozent der Pflegearbeit im Land. Sie verdienen dafür mehr als nur Dank: Sie benötigen finanzielle Absicherung, professionelle Begleitung und echte Erholungspausen. Die SPD fordert deshalb die Einführung eines Gehalts für pflegende Angehörige in Baden-Württemberg, finanziert aus dem Landeshaushalt und verbunden mit niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten und lokalen Beratungsstellen.

Gerade weniger mobile Seniorinnen und Senioren in ländlichen Regionen klagen über die schlechte Erreichbarkeit oder das mangelhafte Angebot der ambulanten und stationären Versorgung im Nahbereich. Für uns ist klar: Mindestens die Hausarztpraxis muss für alle gut erreichbar und in der Regel auch barrierefrei sein. Die hausärztliche Versorgung muss auch Antworten auf eine schlechtere Mobilität Älterer etwa durch Hausbesuche anbieten. Digitale Angebote (etwa digitale Sprechstunden der Hausarztpraxis oder docdirekt) können für viele Senior:innen ein passendes Angebot sein – aber nicht für alle. Grundsätzlich stellt sich die Frage der Erreichbarkeit und Zugänglichkeit aber auch für Krankenhäuser, Notfallpraxen, Physiotherapeut:innen, Ergotherapeut:innen, Zahnärzt:innen oder Fachärzt:innen. Aus unserer Sicht müssen das Land und die Kommunen aktiver als bisher auf die Angebotsgestaltung auch aus dem Blickwinkel einer älter werdenden Gesellschaft Einfluss nehmen (können).

Mobilität

Mobilität bedeutet im Alter weit mehr als nur Fortbewegung: Sie ist Voraussetzung für Selbstbestimmung, soziale Teilhabe und Lebensqualität. Doch gerade im ländlichen Raum Baden-Württembergs fehlt es vielerorts an einer verlässlichen, bezahlbaren und barrierefreien Mobilitätsinfrastruktur. Wer kein Auto mehr fahren kann, kommt vor allem auf dem Land schlecht voran.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert deshalb eine Mobilitätspolitik, welche auch die Lebensrealität älterer Menschen ernst nimmt. Mobilität muss bezahlbar und umfassend barrierefrei sein, unabhängig von Wohnort oder finanzieller Situation. Dafür braucht es konkrete Maßnahmen, die schnell wirken.

Das Deutschland-Ticket zu einem Preis von 58 Euro im Monat, das wir im Bund mit eingeführt haben, erleichtert vielen Senior:innen finanziell die Mobilität und macht es im hohen Alter leichter, auf das Autofahren zu verzichten. Für die Seniorinnen und Senioren mit sehr geringem Einkommen fordern wir ein aus dem Landeshaushalt unterstütztes Solidarticket zu einem Preis wie das Deutschland-Ticket JugendBW. Für rund 1,30 Euro am Tag sollen Bedürftige in ganz Deutschland den Nahverkehr nutzen können.

Doch bezahlbare Tickets allein reichen nicht aus. Gerade für Senior:innen ist das Thema Barrierefreiheit zentral bei der Nutzung des ÖPNV. Dies muss für die ganze Reisekette gelten, bei Bussen und Straßenbahnen, aber auch in den Zügen des Regionalverkehrs. Da zählt für uns nicht nur die Barrierefreiheit in den Zügen und auf dem Bahnsteig dazu, sondern auch in den Bahnhöfen selbst und auf dem Weg zum Bahnsteig. Deshalb müssen die Bahnhofsmodernisierungsprogramme fortgeführt werden sowie die Fahrgastinformation zur Barrierefreiheit verbessert werden. Bestehende Infrastrukturen müssen dabei erhalten, saniert und intelligent miteinander vernetzt werden. Wir unterstützen Bürgerbusse und On-Demand-Angebote und wollen ihren Ausbau fördern.

Wohnen

Viele Menschen möchten auch im Alter in ihrer vertrauten Umgebung bleiben, eingebunden in ein gewachsenes soziales Netz aus Nachbarschaft, Vereinen, Familie und Freunden. Doch häufig mangelt es an passenden, bezahlbaren und barrierefreien Wohnalternativen, besonders in kleineren Städten und ländlichen Gemeinden. Die SPD Landtagsfraktion fordert daher eine konsequente Neuausrichtung der Wohnraumpolitik: Altersgerechter Wohnraum muss dort entstehen, wo ältere Menschen ihn tatsächlich benötigen, in Ortszentren, nahe der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, medizinischer Betreuung und sozialen Treffpunkten.

Wir fordern das Prinzip „Ortskern zuerst“: Barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum in kleinen und mittleren Kommunen soll bevorzugt gefördert werden, insbesondere durch Nachverdichtung im Ortskern, einhergehend mit einer Aufwertung des gesamten Quartiers. Diese neuen Wohnangebote sollten Gemeinschaftsräume bieten, in denen soziale Begegnungen stattfinden, etwa durch „Dritte Orte“ (Orte bzw. Häuser der Begegnung) sowie Cafés und Einkaufsmöglichkeiten, aber auch Platz für Pflegeangebote, Apotheken und Arztpraxen. Diese Einrichtungen können der gesamten Gemeinde von Jung bis Alt zugutekommen. Auf diese Weise wird nicht nur altersgerechtes Wohnen ermöglicht, sondern zugleich Einsamkeit verringert und das soziale Leben im Quartier gestärkt. Das Ziel ist, älteren Menschen einen Verbleib in ihrem gewohnten Umfeld zu sichern. Gleichzeitig werden oftmals unterbelegte größere Einfamilienhäuser für junge Familien frei. Ein altersgerechter Wohnungswechsel innerhalb der Gemeinde oder eine gut gelungene Wohnraumanpassung schafft somit doppelten gesellschaftlichen Nutzen: bedarfsgerechten Wohnraum und stabile soziale Strukturen. Das Land muss Kommunen dabei unterstützen, diese Chancen zu ergreifen, durch gezielte Förderprogramme, fachliche Beratung, vereinfachte Planungsverfahren und effektives Leerstandsmanagement.

Zudem fordern wir eine klare Priorisierung von Wohnprojekten, die gesellschaftlichen Mehrwert schaffen, etwa für Familien, ältere Menschen oder Personen mit Behinderung. Die bisherige Vergabep Praxis von Fördermitteln nach dem Windhundprinzip soll durch ein qualitatives sozial orientierte Vergabep Praxis ersetzt werden.

Darüber hinaus wollen wir die aktive Rolle der Kommunen im Wohnungsbau stärken und kommunale, genossenschaftliche sowie weitere gemeinwohlorientierte Wohnungsbaugesellschaften stärker unterstützen. Förderungen sollten nicht nur Neubauten ermöglichen, sondern auch Sanierungen, Umbauten und Zwischennutzungen erleichtern.

Wohnen im Alter bedeutet weit mehr als nur barrierefreien Wohnraum: Es braucht ein lebendiges, gut erreichbares Umfeld, soziale Nähe und die Chance, weiterhin selbstbestimmt zu leben. Dafür setzt sich die SPD-Landtagsfraktion ein.

Finanzielle Sicherheit im Alter

Die finanzielle Situation älterer Menschen in Baden-Württemberg ist so vielfältig wie ihre Lebensgeschichten. Während viele Seniorinnen und Senioren in Baden-Württemberg ihren Ruhestand in materieller Sicherheit verbringen, leben einige, meist (allein lebende) Frauen, mit einer sehr knappen Rente, oft am Rande oder sogar unterhalb der Armuts Grenze.

Altersarmut ist kein Schicksal, sondern das Ergebnis politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entscheidungen. Viele der armen Rentnerinnen und Rentner haben Erwerbsbiografien mit niedrigen Löhnen, befristeten Arbeitsverhältnissen, Teilzeit- bzw. Minijobs oder Phasen ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hinter sich. Wenn in einem wohlhabenden Bundesland wie Baden-Württemberg ältere Menschen in Armut leben, ist das Ausdruck einer tiefgreifenden sozialen Schieflage.

Frauen sind besonders häufig betroffen. Sie übernehmen nach wie vor den Großteil unbezahlter Sorgearbeit, arbeiten überdurchschnittlich oft in Teilzeit oder unterbrechen ihre Erwerbsarbeit für Familie und Pflege. Die bestehende Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen verschärft diese Ungleichheit zusätzlich, mit langfristigen Folgen für die Rentenhöhe.

Im Bund setzen wir uns deshalb für höhere Mindestlöhne, umfassende Beschäftigungsmöglichkeiten und gute Arbeit bis zum Renteneintrittsalter sowie insbesondere für stabile Renten ein. Außerdem haben wir die Grundrente für Menschen mit mindestens 35 Beitragsjahren eingeführt, von der viele Rentnerinnen und Rentner auch in Baden-Württemberg profitieren.

Solange jedoch Armut im Alter Realität ist, müssen Teilhabeangebote für ältere Menschen unabhängig vom Geldbeutel zugänglich sein. Begegnungsstätten, kulturelle Angebote, Bildung, Bewegung oder digitale Teilhabe dürfen nicht vom Einkommen abhängen. Die Kommunen brauchen dafür verlässliche finanzielle Unterstützung. Das Land Baden-Württemberg steht in der Verantwortung, die soziale Infrastruktur zu stärken, damit Altern in Würde für alle möglich wird.

Digitalisierung

Digitale Teilhabe ist ein Grundrecht für Menschen jeden Alters. Doch gerade ältere Menschen werden von der Digitalisierung häufig ausgeschlossen, sei es aufgrund fehlender Geräte, mangelnder Unterstützung, zu komplexer, nicht barrierefreier Anwendungen oder dem unzureichenden Angebot an altersgerechten Geräten. Die SPD Landtagsfraktion erkennt, dass digitale Teilhabe entscheidend ist, um Einsamkeit vorzubeugen, Selbstbestimmung zu ermöglichen und modernen Gesundheitsdiensten wie Videosprechstunden oder digitalen Verwaltungsangeboten Zugang zu verschaffen.

Deshalb fordern wir den flächendeckenden Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen, auch im ländlichen Raum. Gerade für ältere Menschen sind stabile, schnelle und sichere Internetverbindungen die

Voraussetzung, um im Alltag vernetzt und aktiv zu bleiben. Öffentliche Förderprogramme für den Netzausbau müssen intensiviert und vor Ort durch kompetente Ansprechpartner:innen begleitet werden, insbesondere in Kommunen, die digitalen Nachholbedarf haben.

Zudem braucht es niedrigschwellige und altersgerechte Lernangebote, beispielsweise über Volkshochschulen oder ehrenamtliche „Digitalpaten“. Pflege- und Betreuungseinrichtungen müssen gezielt mit moderner Technik ausgestattet werden und auch das Personal benötigt entsprechende Schulungen. Gerade in Pflegeheimen bietet digitale Kommunikation wertvolle Verbindungen zur Außenwelt, vorausgesetzt, man weiß, wie diese Möglichkeiten genutzt werden können.

Partizipation & Ehrenamt

Das tägliche Leben findet vor Ort statt, in Städten, Gemeinden und Quartieren. Gerade dort entscheidet sich, ob ältere Menschen ein selbstbestimmtes, aktives und würdevolles Leben führen können. Teilhabe bedeutet dabei gehört werden, mitgestalten und mitentscheiden.

Baden-Württemberg ist ein Land mit starkem bürgerschaftlichem Engagement, auch im Alter. Viele ältere Menschen engagieren sich freiwillig, übernehmen Verantwortung und gestalten ihr Lebensumfeld aktiv mit. Dieses Potenzial wird jedoch nicht überall ausreichend genutzt und unterstützt. Besonders in kleineren Gemeinden fehlen oft die strukturellen Voraussetzungen für aktive Teilhabe. Mittel sind ungleich verteilt, und vielerorts wurden wichtige Informations-, Beratungs- und Anlaufstellen reduziert oder eingestellt. Gerade dort fehlen Partizipationsmöglichkeiten und die Unterstützung, die sie dringend benötigen.

Der Neunte Altersbericht der Bundesregierung (2025) macht ebenfalls deutlich, dass Teilhabechancen im Alter ungleich verteilt sind, abhängig von Bildung, Einkommen, Herkunft, Geschlecht, Gesundheit oder Wohnort. Gleichzeitig betont der Bericht das enorme Potenzial älterer Menschen für das gesellschaftliche Miteinander. Ziel muss es deshalb sein, dieses Potenzial besser zu fördern und strukturelle Hürden konsequent abzubauen, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, mit Einschränkungen, mit Migrationsgeschichte oder in ländlichen Regionen.

Wir setzen uns daher für eine strukturelle Stärkung der Partizipation älterer Menschen auf kommunaler Ebene ein. Teilhabe im Alter ist kein Randthema, sondern ein zentraler für unsere Demokratie. Unsere alter werdende Gesellschaft braucht tragfähige Strukturen, um die Perspektiven und Kompetenzen älterer Menschen aktiv in das Gemeinwesen einzubeziehen.

Daher setzen wir uns für Seniorenvertretungen in allen Kommunen in Form von gewählten Seniorenbeiräten oder benannten Seniorenbeauftragten ein, die mit klaren Kompetenzen ausgestattet sind. Wir fordern Begegnungsorte, aufsuchende Beratungsangebote sowie generationenübergreifende

Beteiligungsformate. Teilhabe ist nicht nur ein sozialpolitisches Ziel, sondern eine demokratische Verpflichtung. Beteiligung muss auch noch bei Pflegebedürftigkeit oder Behinderung in Heimen selbstverständlich sein. Deshalb kritisieren wir das aktuelle Vorhaben der grün-schwarzen Landesregierung, die Rolle der Heimbeiräte zu schmälern.

Fazit

Die Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft sind komplex, doch sie lassen sich aktiv und integrativ gestalten. Baden-Württemberg steht vor der Aufgabe, die Lebensbedingungen älterer Menschen nicht nur zu analysieren, sondern konkret zu verbessern. Viele notwendige Maßnahmen sind bereits bekannt und könnten umgesetzt werden, sofern der politische Wille dafür besteht.

Zugleich wird deutlich: Wir brauchen einen genaueren Blick auf die vielfältigen Lebensrealitäten älterer Menschen. Allgemeine demografische Analysen reichen nicht aus, um soziale Ungleichheiten, regionale Unterschiede sowie besondere Bedürfnisse von Gruppen wie älteren Menschen mit Migrationsgeschichte, mit Behinderungen oder aus dem ländlichen Raum sichtbar zu machen. Deshalb fordern wir eine landesweite, unabhängige und umfassende Analyse der Lebenslagen älterer Menschen in Baden-Württemberg. Diese Analyse sollte regelmäßig aktualisiert werden und konkrete politische Handlungsempfehlungen liefern.

Entscheidend ist außerdem: Seniorenpolitik darf nicht über die Köpfe der Menschen hinweg gemacht werden. Ältere Menschen sind Expertinnen und Experten für ihre eigenen Bedürfnisse. Ihre Erfahrungen, Anliegen und ihr Engagement müssen systematisch in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden, sowohl auf Landesebene als auch in den Gemeinden und Kommunen.

Juli 2025